

Correspondenz

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 8. Oktober 1903.

№ 117.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Schluß.)

Die Steinischleifer-Frage hat nun zur Einberufung eines Kongresses dieser Branche nach Leipzig Veranlassung gegeben, dort soll sich also der Streit über die Zugehörigkeit zum Vereine der Lithographen und Steindruckere oder dem Buch- und Steindruckerei-Führerverbände entscheiden. Hoffentlich begeht man aber nicht den Fehler, für diese 1122 Arbeiter eine neues Organisationschen zu gründen.

Der Bergarbeiterverband hat im August um etwa 3000 Mitglieder zugenommen; der seit Beginn der allgemeinen Protestaktion gegen die sanitären und sonstigen Mängel in fortwährender Steigerung befindliche Zuwachs hätte also im vergangenen Monate einen bis jetzt unerreichten Höhepunkt erlangt. Trotz dieser ebenso erfreulichen wie erstaunlichen Fortschritte wollen die Grubenbarone aber den alten Verband noch nicht als maßgebende Organisation anerkennen. Der Verein für bergbauische Interessen hat nämlich dem Verbandsvorstande auf dessen Eingabe betreffs Bekämpfung der Wurmsuche kühl und ablehnend geantwortet, daß er den Bergarbeiterverband nicht für berechtigt halte, Verhandlungen für die ganze Belegschaft des Oberbergamtsbezirks Dortmund zu führen. Die von der Unternehmerorganisation in diesem Schreiben noch betonte wohlwollende Fürsorge für die Bergleute kann allenfalls nur heiter stimmen, denn wenn letztere nicht mit solcher Energie gegen die schon erwähnten Mängel zu Felde gezogen wären und mit ihren zahlreichen Protestversammlungen — an manchen Sonntagen fanden deren 25 und mehr statt — nicht so die Öffentlichkeit über diese Zustände interessiert hätten, wäre von wirklichen Maßnahmen der Unternehmer wenig oder gar nichts zu hören gewesen. Wenn jetzt nun von einem Rückgang der Wurmsucht gesprochen wird, so ist in diesem Falle auch mehr der Wunsch der Vater des Gedankens. Eine von einem Bergarzte über diese Seuche veröffentlichte Schrift läßt vielmehr deren ganze Gefährlichkeit erst recht erkennen und die Befürchtung aufstauden, daß heute fast alle Gruben des Kontinents infiziert sind und daß nach Fertigstellung des Simplontunnels durch Einwandern der italienischen Tunnelarbeiter diese Gefahr eine noch weit schlimmere werden dürfte. Die Wurmsucht soll nach diesem Spezialforscher den Ärzten übrigens fast noch eine terra incognita sein. — Der Bergarbeiterverband hat für sein zu errichtendes Verbandshaus nunmehr ein Grundstück gekauft und die Baubedingungen bekannt gegeben. Danach müssen den Bauarbeitern die höchsten an Orte üblichen Löhne gezahlt werden und für den Fall von Differenzen zwischen den bauaufsichtlichen Unternehmern und den Arbeitern wird die Einsetzung einer Schlichtungskommission verlangt, außerdem sollen die zu beschäftigenden Arbeiter Mitglieder der freien Gewerkschaften sein.

Seitens des Porzellanarbeiterverbandes ist für Frankfurt a. M., Offenbach a. M. und Neu-Szenburg ein Arbeitsnachweis für Maler im Porzellan-, Email-, Glas- und Kunstgewerbe errichtet worden. Ohne Vermittlung bzw. Genehmigung desselben darf bei Verkauf des Unterhaltungsanspruches, eventuell auch der Mitgliedschaft, in diesen Orten kein Maler in Arbeit treten.

Unsere Kontroverse mit der Firma Alexander Schlicke & Co., der Druckerei der Metallarbeiter-Zeitung, hat einen ganz unheilbaren Charakter angenommen, der nicht im entferntesten mehr den zu Grunde liegenden, rein sachlichen Vorgang erkennen läßt. Wir beabsichtigen nach der erscheinenden Darstellung in Nr. 105 des Corr. keineswegs eine nochmalige Breittretung der Angelegenheit und selbst bei Vorhandensein dieser Absicht würde uns die neuerliche Anknüpfung derselben in Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung die Lust dazu gründlich benehmen, denn gegenüber einer derartigen Häufung von Lieberswürdigkeiten, einer solchen Prachtleistung im Schimpfen und einem so großen Aufwande von Gänsefüßen ist man einfach machtlos. Wir wollen den Herren neidlos den Raum lassen, die Debatte auf einen Ton herabstimmt zu haben, bei welchem sich nicht weiter diskutieren läßt. Wenn man auf jener Seite nur ein wenig Gehör gezeigt hätte, würde man niemals unsere Notiz in Nr. 85 dahin deuten haben können, daß in den Druckereien der zitierten Blätter nun auch untarifräßige bzw. unwürdige Zustände herrschen. Wir haben damit lediglich gesagt — wofür die Briefkastennotiz in Nr. 89 Beweis — daß es ein unwürdiger Zustand ist, wenn Gewerkschaftsorgane jede Gebietserweiterung unserer Tariftgemeinschaft und jede Neuausgabe des vermehrten Verzeichnisses der den Tarif anerkennenden Firmen als ein Ereignis feiern, die Druckereien dieser Blätter aber in diesem Verzeichnisse durch Nichtaufführung glänzen. Daß wir den Begriff der Tariftreue nicht nach dem jeweiligen Bestehen dieser oder jener Druckerei, sondern streng nach dem dafür schon im Jahre 1896 aufgestellten Normen des Tarif-Ausschusses aufzufassen haben, ist ebenso selbstverständlich, wie es ein Übel wäre, wollte der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes seinen Mitgliedern gestatten, das Statut nach ihrem Befinden anzulegen. Uebrigens hat es erst unständlicher Vorhaltungen bedurft, um Herrn Schlicke von der absoluten Notwendigkeit der schriftlichen Tarifanerkennung zu überzeugen; der Herr meinte partout, die mündliche Zusicherung und die Einfügung müßten genügen und wollte allen Weiterungen erwartungsvoll entgegengehen. In seiner nochmaligen Erklärung nennt Herr Schlicke das eine Vorlesung über die einfachsten gewerkschaftlichen Dinge! Gewiß wäre es ein Akt der Bosheit gewesen, wenn wir die Druckerei der Metallarbeiter-Zeitung allein als fehlende bezeichnet hätten, so wurde doch auch der Hirsch-Druckerei (reformerrische) Gewerkschaftsbote, weil auch nicht verzeichnet, ebenfalls mit genannt. Und wie diesmal werden wir, wenn nicht früher, auch im nächsten Jahre alle uns zugehenden Blätter auf das Signum der Tariftreue prüfen und etwa zu leicht befundene ohne langes Parlamentieren veröffentlichen. Wie schnell und betriebligend wurde doch der Irrtum mit der Druckerei des Werftarbeiters aufgeklärt und erledigt! Alexander Schlicke & Co. aber mühten einen, nach schwäbischer Deklaration einfach saugroben Brief nach Leipzig senden, auf welchen unsere Briefkastennotiz in Nr. 89 eine viel zu anfängliche Antwort war, von welchem Fehler wir uns inzwischen gründlich überzeugt haben. Wenn die gegnerische Presse diese, wie Herr Schlicke sagt, „schlechte Darstellung“ unfer Verhältnisse zum Buchdrucker-Tarif“ oder „die unwahren Ausstellungen über unsre Druckerei“, wie sich die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung ausdrückte, tenbenzios ausschaltete, so bedauern wir das nicht zuletzt, wenn ein Arbeiterblatt aber sich immer von diesen Möglichkeiten der Lüge leiten lassen müßte, brauchte überhaupt nichts mehr geschrieben und gedruckt zu werden. Wenn Alexander Schlicke & Co. uns weiter im Namen der Arbeiterbewegung für der Menschheit und dem allgemeinen Wohlfühlen höchst überflüssige Beweisen erklären, so müssen wir eben gemäß diesem selbsterhellenden Diktums unser Bündel schnüren und uns Freund Charon anvertrauen. Ehe wir jedoch unsern Abtritt erklären, möchten wir von den vielen falschen Behauptungen und den mehr wie grundlosen Unterstellungen der Herren Schlicke & Co. nur noch die eine zurückweisen, als ob im Corr. mit zweierlei Maß gemessen würde, als wenn nur die Betriebe, wo Arbeiter als Arbeitgeber figurieren Gegenstand unserer Kritik wären, sogenannte bürgerliche Firmen aber mit dem warmen Mantel der christlichen Nächstenliebe bedeckt würden. Einmal ist das absolut unwahr, worüber sich die uns also Beschuldigenden aus den Corr.-Nummern nur der letzten drei Monate überzeugen wollen, zweitens spricht unser anfänglich strafregister gegen derartige Unterstellungen und drittens werden wir uns vor einer solchen Dummheit schon um deswillen bewahren, weil uns die Hyperempfindlichkeit von Arbeitern in ihrer Stellung als Arbeitgeber nur zu bekannt ist. Diese Behauptung steht eben nicht fester als die nachdrücklichst von Herrn Schlicke vertretene, ein Mitglied der Corr.-Redaktion habe im vorigen Sommer die Räume der Druckerei von Schlicke & Co. besichtigt und sei über das Geschaute von einer Verzückung in die andre gefallen. Wir haben beim Lesen dieses Entlastungsbeweises damals unisono kräftig gelacht und mit diesem vergnüglichen Abschiede soll es für heute und mit der ganzen Angelegenheit sein Bewenden haben.

Der Organisation der Schneider und Schneiderinnen ist von der Unternehmervereinigung dieses Gewerkes der Entwurf zu einem einheitlichen Arbeitsver-

trage zugegangen. Bemerkenswert an diesem aus sechs Punkten bestehenden Vertrage ist für uns die vorgezeichnete Regelung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach eine Entschädigung für vier veräumte Arbeitsstunden selbst von den Arbeitgebern als notwendig befunden wird. Der Vorstand der Schneider beantwortete die gemachten Vorschläge mit einem erweiterten Entwurfe und legte das Hauptgewicht auf die Einführung von Tarifverträgen, für solche eine entsprechende Vorlage gleich mit unterbreitend. In dem arbeiterseitig zur Empfehlung gebrachten Arbeitsvertrage wird die Wirksamkeit des zitierten Paragraphen auf sechs Stunden ausgedehnt.

Der Verein deutscher Schuhmacher bestand Ende August zwanzig Jahre. Seine Vorläuferin, die Schuhmacher-Gewerkschaft, fiel 1878 nebst der damit verbundenen Krankenkasse und dem Vereinsorgane dem Sozialistengesetze zum Opfer. Die neue Organisation wurde als eine Unterstützungskasse deutscher Schuhmacher gegründet und sogleich die Reihe wie die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt. Mit diesem letztern Zweige hatte man sich aber gleich zu weit gewagt und so wurde im Jahre 1885 derselbe durch ein Sterbegebot erjert. Jetzt nach zwei Jahrzehnten umfaßt die Organisation 24781 Mitglieder (gleich 19,04 Proz. der organisationsfähigen Arbeiterschaft der Schuhindustrie) in 249 Zahlstellen. Die Zahl der geführten wirtschaftlichen Kämpfe beläuft sich auf etwa 1000, die Arbeitsverhältnisse lassen aber trotzdem zu wünschen übrig. Der Vorstand unterbreitete kürzlich nun den Mitgliedern in ausführlicher Begründung einen Antrag auf Einführung einer obligatorischen Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützungskasse zwecks weitem Ausbaues der Organisation. Hoffentlich wird die Urabstimmung darüber besser ausfallen als die betreffenden Entschiede der vorausgegangenen letzten Generalversammlungen.

In einer Versammlung in Berlin hielt der Vorsitzende des Verbandes der Maurer einen Vortrag über die diesjährigen Lohnkämpfe. Das aggressive Vorgehen der Bauunternehmer habe das Bestreben nach möglichster Verminderung der Ausfühler verestelt, so daß die Bewegungen sich umfangreicher gestalteten als zuvor. Aber die Erfolge für die Arbeiter seien gegen das letzte Jahr bessere geworden, namentlich in Hamburg. Die Kosten der Streiks und Ausperrungen werden diesjährig etwa 600 000 Mk. betragen, doch hoffe man trotzdem mit einem 100 000 Mk. höhern Kassenbestande abzuschließen. Seit 1897 seien in 1208 Fällen Forderungen an die Unternehmer gestellt, von denen 73 Proz. als erfüllt verzeichnet werden könnten. Von 18 000 Mitgliedern im Jahre 1895 sei der Verband auf jetzt 108 000 Angehörige emporgeschwollen, denn von einem Anwachsen kann unser Erachten bei einer solchen rapiden Entwicklung nicht mehr gesprochen werden.

Die Dachdecker in Berlin haben seit Mitte August einen paritätischen Arbeitsnachweis, derselbe ist an den Zentralverein für Arbeitsnachweise angeschlossen und in dessen Räumen untergebracht. Von Organisations wegen bestehen in Deutschland jetzt 37 Arbeitsnachweise, deren Benutzung vorzuziehen ist, da nach Ansicht des Zentralvorstandes die Umchau nur zum Schaden des einzelnen wie der Gesamtheit ausfällt.

Auf einer Versammlung des Bezirks Sachsen des Verbandes der Krankenkassenbeamten wurde mitgeteilt, daß eine Anzahl Berufsgeoffen wegen der jetzt mehr gewerkschaftlichen Tendenz des Verbandes und dessen Zeitkritik die Mitgliedschaft aufgegeben habe. Die Ausgetretenen sind größtenteils Angehörte der Leipziger Ortskrankenkasse.

Die amerikanischen Gewerkschaften sind auf den Präsidenten Roosevelt recht schlecht zu sprechen, weil derselbe auf eine genaue Einhaltung der nach dem letzten Kohlengräberstreik getroffenen Bedingung hält, wonach keinem Arbeiter Schwierigkeiten bereitet oder Nachteile zugefügt werden dürfen wegen Nichtangehörigkeit zu einer Trades Union. Zur nächsten Präsidentenwahl wollen die Gewerkschaftsführer eine Agitation gegen die Wahl Roosevelts entfalten. — Die angehenden Expansionspraktiken dortiger Organisationsleiter Arbeitgebern gegenüber unterlagen unlängst der richterlichen Prüfung. Die Anschuldigungen wurden für nicht erwiesen befunden.

In Preußen hat die Regierung den Feinden des Konsumvereinswesens eine scheinbare Konzession ge-

trage zugegangen. Bemerkenswert an diesem aus sechs Punkten bestehenden Vertrage ist für uns die vorgezeichnete Regelung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach eine Entschädigung für vier veräumte Arbeitsstunden selbst von den Arbeitgebern als notwendig befunden wird. Der Vorstand der Schneider beantwortete die gemachten Vorschläge mit einem erweiterten Entwurfe und legte das Hauptgewicht auf die Einführung von Tarifverträgen, für solche eine entsprechende Vorlage gleich mit unterbreitend. In dem arbeiterseitig zur Empfehlung gebrachten Arbeitsvertrage wird die Wirksamkeit des zitierten Paragraphen auf sechs Stunden ausgedehnt.

Der Verein deutscher Schuhmacher bestand Ende August zwanzig Jahre. Seine Vorläuferin, die Schuhmacher-Gewerkschaft, fiel 1878 nebst der damit verbundenen Krankenkasse und dem Vereinsorgane dem Sozialistengesetze zum Opfer. Die neue Organisation wurde als eine Unterstützungskasse deutscher Schuhmacher gegründet und sogleich die Reihe wie die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt. Mit diesem letztern Zweige hatte man sich aber gleich zu weit gewagt und so wurde im Jahre 1885 derselbe durch ein Sterbegebot erjert. Jetzt nach zwei Jahrzehnten umfaßt die Organisation 24781 Mitglieder (gleich 19,04 Proz. der organisationsfähigen Arbeiterschaft der Schuhindustrie) in 249 Zahlstellen. Die Zahl der geführten wirtschaftlichen Kämpfe beläuft sich auf etwa 1000, die Arbeitsverhältnisse lassen aber trotzdem zu wünschen übrig. Der Vorstand unterbreitete kürzlich nun den Mitgliedern in ausführlicher Begründung einen Antrag auf Einführung einer obligatorischen Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützungskasse zwecks weitem Ausbaues der Organisation. Hoffentlich wird die Urabstimmung darüber besser ausfallen als die betreffenden Entschiede der vorausgegangenen letzten Generalversammlungen.

In einer Versammlung in Berlin hielt der Vorsitzende des Verbandes der Maurer einen Vortrag über die diesjährigen Lohnkämpfe. Das aggressive Vorgehen der Bauunternehmer habe das Bestreben nach möglichster Verminderung der Ausfühler verestelt, so daß die Bewegungen sich umfangreicher gestalteten als zuvor. Aber die Erfolge für die Arbeiter seien gegen das letzte Jahr bessere geworden, namentlich in Hamburg. Die Kosten der Streiks und Ausperrungen werden diesjährig etwa 600 000 Mk. betragen, doch hoffe man trotzdem mit einem 100 000 Mk. höhern Kassenbestande abzuschließen. Seit 1897 seien in 1208 Fällen Forderungen an die Unternehmer gestellt, von denen 73 Proz. als erfüllt verzeichnet werden könnten. Von 18 000 Mitgliedern im Jahre 1895 sei der Verband auf jetzt 108 000 Angehörige emporgeschwollen, denn von einem Anwachsen kann unser Erachten bei einer solchen rapiden Entwicklung nicht mehr gesprochen werden.

Die Dachdecker in Berlin haben seit Mitte August einen paritätischen Arbeitsnachweis, derselbe ist an den Zentralverein für Arbeitsnachweise angeschlossen und in dessen Räumen untergebracht. Von Organisations wegen bestehen in Deutschland jetzt 37 Arbeitsnachweise, deren Benutzung vorzuziehen ist, da nach Ansicht des Zentralvorstandes die Umchau nur zum Schaden des einzelnen wie der Gesamtheit ausfällt.

Auf einer Versammlung des Bezirks Sachsen des Verbandes der Krankenkassenbeamten wurde mitgeteilt, daß eine Anzahl Berufsgeoffen wegen der jetzt mehr gewerkschaftlichen Tendenz des Verbandes und dessen Zeitkritik die Mitgliedschaft aufgegeben habe. Die Ausgetretenen sind größtenteils Angehörte der Leipziger Ortskrankenkasse.

Die amerikanischen Gewerkschaften sind auf den Präsidenten Roosevelt recht schlecht zu sprechen, weil derselbe auf eine genaue Einhaltung der nach dem letzten Kohlengräberstreik getroffenen Bedingung hält, wonach keinem Arbeiter Schwierigkeiten bereitet oder Nachteile zugefügt werden dürfen wegen Nichtangehörigkeit zu einer Trades Union. Zur nächsten Präsidentenwahl wollen die Gewerkschaftsführer eine Agitation gegen die Wahl Roosevelts entfalten. — Die angehenden Expansionspraktiken dortiger Organisationsleiter Arbeitgebern gegenüber unterlagen unlängst der richterlichen Prüfung. Die Anschuldigungen wurden für nicht erwiesen befunden.

In Preußen hat die Regierung den Feinden des Konsumvereinswesens eine scheinbare Konzession ge-

